

Dolm 87

V O R S P R A C H E

des Herrn Bundesministers bei Praesident Kennedy im  
Weissen Haus am 11. Oktober 1963.

Anwesend waren: Praesident Kennedy  
Assistant Secretary for Europ. Affairs Tyler  
Acting Director for Western Europe Stone

Bundesminister Dr. Kreisky  
Botschafter Dr. Platzer  
Botschafter Dr. Waldheim  
Gesandter Dr. Thalberg

Praesident Kennedy bemerkte einleitend, er habe von der  
Reise des Herrn Bundesministers und seinem Zusammentreffen  
mit Praesident Truman gehoert.

Herr Bundesminister gab einen kurzen Ueberblick ueber seine  
Reise und hob besonders die freundliche Aufnahme, die er bei  
Praesident Truman gefunden habe, hervor.

Praesident Kennedy kam sodann auf die Anhaltung eines ameri-  
kanischen Konvois an der Autobahn nach Berlin zu sprechen und  
bemerkte, es sei unklar, was diese sowjetische Aktion wirklich  
bedeute.

Herr Bundesminister bemerkte, er sei kein Experte in den  
sowjetischen Angelegenheiten. Er glaube jedoch mit Sicherheit  
sagen zu koennen, dass Chruschtschow gegenwaertig in der  
Sowjetunion sehr populaer sei und bestimmt die ueberwaeltigende

Mehrheit der Bevoelkerung hinter ihm stehe. Dies sei darauf zurueckzufuehren, dass Chruschtschow nach aussen eine Politik des Friedens und nach innen die der Entstalinisierung verfolgt habe. Die Tatsache der Popularitaet Chruschtschows sei ein neues Phaenomen in der Sowjetpolitik. Stalin war niemals populaer und hatte niemals die Majoritaet des Volkes hinter sich. Ein frueherer deutscher Kommunist habe ihm einmal erzaehlt, dass, ~~als~~ Stalin die Aufstellung eines Parteiapparates in China nach dem Vorbild der Sowjetunion angeordnet habe, ihm nicht daran gelegen war, die Mehrheit des Volkes fuer den Kommunismus zu gewinnen, sondern einen schlagkraeftigen Parteiapparat aufgestellt zu sehen. Er sei ~~vielmehr~~ an einem Parteiapparat interessiert gewesen, der einen revolutionaeren Terrorismus ausueben koenne und der fest in seiner Hand sei als ~~den der~~ Popularitaet. Diese Einstellung entspreche den Grundsuetzen des Kommunismus ~~genauer~~ <sup>genauer</sup> als die jetzt von Chruschtschow verfolgte Politik. Es sei eine grosse Frage, wer einmal der Nachfolger des aelter werdenden Chruschtschow sein wuerde. Zwei Namen moechte er in diesem Zusammenhang erwaehnen. Der erste sei Brezhnev, ein starker, sympathischer <sup>2. in Amerika</sup> und ~~gut~~ <sup>gut</sup> aussehender Mann. Als zweiter kaeme Malinovsky in Betracht, der nicht als Marschall sondern als kommunistischer Fuehrer ~~bedeutend~~ <sup>bedeutend</sup> sei. Malinovsky sei ein intelligenter Mensch und habe in seiner Jugend im ersten Weltkrieg in der franzoesischen Armee gedient. Malinovsky, dessen Name eine Bruecke

*Wien*  
in Wien einige Zeit trug, habe ihm einmal von einem Telefongespraech, das er mit Stalin gefuehrt habe, erzaehlt. Der oesterreichische Staatskanzler Renner habe 1945 an Stalin die Bitte gerichtet, der oesterreichischen Bevoelkerung, die Hunger litt, etwas zu essen zu geben. Malinovsky habe mit Stalin telefoniert und ihm vorgeschlagen, den Oesterreichern 20,000 Tonnen Weizen zu ueberlassen. Stalin habe sich ueber die Groesse dieser Menge gewundert. Malinovsky habe hierauf gesagt, dass Zar Peter einmal eine Delegation von Buergern empfangen und ihnen eine Stadt geschenkt habe. Ein Minister habe sich darueber verwundert und gefragt, warum er ihnen so viel schenke, worauf ihm der Zar geantwortet habe, er habe ihnen ihre eigene Stadt gegeben.

Der Herr Bundesminister fuhr sodann fort, er glaube nicht, dass Kosygin als Nachfolger in Betracht komme. Kosygin sei ein <sup>3</sup> *sehr hervorragender* Technokrat, der viel vom <sup>Chruschtschow</sup> ~~Aufbau~~ von Elektrizitaetswerken und Fabriken fuer Kunstduenger verstehe, aber kaum fuer die Posten, die gegenwaertig Chruschtschow inne habe, in Erwaegung gezogen wuerde. Kozlov, der frueher oft genannt wurde, sei, so weit er wisse, <sup>nie</sup> ~~unheilbar~~ krank. Malinovsky wuerde nicht als Marschall die Regierung uebernehmen, sondern ebenso wie Stalin und Chruschtschow, als erster Sekretaer der Partei.

Praesident Kennedy kam wiederum auf die Anhaltung des amerikanischen Konvois auf der Autobahn nach Berlin zurueck

und meinte, dass diese Aktion im Widerspruch zu der jüngsten Politik der Sowjetunion stehe. Es erscheine ihm daher das "timing" dieser Aktion schwer verstaendlich.

Herr Bundesminister antwortete, in der Sowjetunion sei vieles schlecht organisiert, aber bestimmt nicht die Armee.

Chruschtschow sei zwar ~~sehr~~ in der Sowjetunion populaer, aber gerade deswegen nicht immer <sup>in anderen Bereichen</sup> sehr stark. Ein Beweis hiefuer sei Albanien, das die Sowjetunion <sup>unfreiwillig</sup> ohne weiteres zu liquidieren in der Lage gewesen waere. In Wien gebe es eine albanische Gesandtschaft, die Propagandamaterial gegen die Sowjetunion verteile. Ein zweiter Beweis, dass Chruschtschow durchaus nicht alles tun koenne was er wolle, sei, dass Molotov weiterhin in den Strassen Moskaus spazieren gehe und Chruschtschow ihn gut behandeln muesse.

Der Herr Bundesminister bemerkte sodann, <sup>er nicht zueinander waere</sup> dass es eine Reihe von kommunistischen Fuehrern gebe, die <sup>alles</sup> versuchen wuerden, die Spaltung zwischen Moskau und Peking zu ueberbruecken. Es waere daher nicht angebracht, wegen des bestehenden Konfliktes zwischen den beiden kommunistischen Staaten zu optimistisch zu sein. Er erlaube sich daher zu sagen, dass er die vom Praesidenten verfolgte Politik als vollkommen richtig betrachte, die darin bestehe, Gespraechе mit der Sowjetunion aufrecht zu erhalten. Es sei niemals moeglich herauszufinden, was die sowjetische Fuehrung tatsaechlich wolle oder meine, wenn man nicht mit ihr in dauerndem Kontakt sei. Direkte Konversationen

seien jedenfalls besser fuer die Fuehrung einer Politik, als den Leitartiklern der Zeitungen zu folgen. Nach seiner Ansicht habe Adenauer unrecht gehabt, als er direkte Kontakte ablehnte. Er selbst habe sich <sup>als er keinmal darum ersucht wurde</sup> um eine direkte Konversation zwischen Chruschtschow und Buergermeister Brandt bemueht, aber sein Versuch sei fehlgeschlagen. Es werde <sup>gerade die Key der BRD ist das so</sup> vielleicht leichter sein, derartige Gespraechen nach dem Abgang Adenauers aufzunehmen. Er glaube jedoch, dass Adenauer seine ihm verbliebene Macht als Parteivorsitzender <sup>gekauft</sup> benuetzen werde, um Erhard das Leben schwer zu machen. Auf laengere Sicht jedoch betrachtet, nehme er an, dass sich Erhard deswegen durchsetzen muesse, weil <sup>sein</sup> die Partei darunter leiden wuerde, wenn sie von zwei einander entgegengesetzten Kraefte geleitet werde und sie werde sich daher <sup>absichtlich</sup> doch zugunsten des neuen Bundeskanzlers entscheiden. Aber in den ersten Monaten duerfte Adenauer, <sup>hatte</sup> der die Ressentiments eines alten Mannes habe, sich zu behaupten versuchen. Er halte Schroeder fuer einen ausserordentlich intelligenten und tuechtigem Mann, sei jedoch nicht davon ueberzeugt, dass Erhard die politische Macht richtig zu <sup>ausnutzen</sup> benuetzen wisse. Adenauer habe dies oft und oft erkluert und jedem, der dies hoeren wollte oder nicht. Adenauer habe auch gesagt, dass Erhard keine guten Nerven habe.

Der Herr Bundesminister sagte, er <sup>ist</sup> glaube auch nicht, dass Erhard fuer eine lange Periode Bundeskanzler sein werde, vielleicht werde Schroeder der kommende Mann sein, moeglicherweise aber auch Strauss. Eine wirkliche Aenderung in der

deutschen Aussenpolitik sei <sup>keine Alternative</sup> nur moeglich, wenn in der Bundesrepublik eine Koalition aus der CDU und den Sozialisten gebildet werde. Nur eine grosse Koalition sei in der Lage, Realpolitik zu betreiben. Gegenwaertig muesse jede der beiden grossen Parteien befuerchten, von der anderen als Verraeter gebrandmarkt zu werden, wenn sie <sup>noch</sup> eine Realpolitik gegenueber der Sowjetunion beginne. Nach den naechsten Wahlen koenne er sich eine grosse Koalition vorstellen und er nehme an, dass bei diesen Wahlen die CDU <sup>durch das Ausbleiben Adenauers</sup> etwas verliert und die Sozialisten dank der Persoenlichkeit Brandts <sup>etwas</sup> etwas gewinnen wuerden. In Europa wuerden die Persoenlichkeiten nicht die gleiche Rolle spielen, wie in den Vereinigten Staaten, da die beiden Parteien ueber einen sicheren Stock von Waehlern verfuegen.

Praesident Kennedy sagte, es wuerde ihn ein Urteil des Bundesministers ueber die europaeische Ansicht des Verhaeltnisses zu den Vereinigten Staaten interessieren.

Herr Bundesminister antwortete, Europa stelle keine Einheit dar. Man koenne vielleicht <sup>keine Einheit</sup> von "Europe des Patries" und einem "Europe des Affaires" sprechen. General de Gaulle sei gegen eine Integration im militaerischen und politischen Sinn, hingegen duerfte eine engere Zusammenarbeit innerhalb der EWG <sup>ohne zu fordern</sup> auf wirtschaftlichem Gebiet <sup>das Wohlstand seiner Leute</sup> in den naechsten Jahren erfolgen. Auf dem politischen Sektor bestehe eine gewisse Spaltung <sup>Antrop</sup> zwischen dem Gaullismus und den Demokratien alten Stiles. Zudem

gebe es Verschiedenheiten innerhalb der Generationen. In Deutschland, in Oesterreich und in vielen anderen Staaten sei besonders die junge Generation von den Vereinigten Staaten und deren jungen Praesidenten tief beeindruckt und die Lebensformen der jungen Leute in Europa seien denen in den Vereinigten Staaten sehr nahe. Er glaube daher, dass die junge Generation an engen Bindungen mit den Vereinigten Staaten interessiert sei. DeGaulle hingegen sei ~~zwar~~ eine <sup>Stärke</sup> Persoenlichkeit, aber ein alter Mann, den niemand zu aendern vermag. Er denke in historischen Kategorien und ignoriere das Parlament. Es sei interessant festzustellen, dass die kommunistische Partei, die 32% der Stimmen erhalten habe, durch die Ausschaltung des Parlaments heute in Frankreich praktisch machtlos geworden sei. Es sei vielfach behauptet worden, dass die Aktionen der Bergarbeiter im vergangenen Winter auf die Kommunisten zurueckzufuehren seien. Dies sei nicht richtig. Es seien katholische und sozialistische Organisationen gewesen, die diese Aktionen veranlasst haben. Die Aussenpolitik Frankreichs sei heute durch Abwesenheit gekennzeichnet. deGaulle sei dagegen, dass Grossbritannien, das er als Aussenstehende in Europa betrachte, in die EWG komme. Der schweizerische Bundesrat Wahlen habe ihm einmal erzaehlt, de Gaulle solle ihm gesagt haben, Grossbritannien koenne nur in die EWG "nackt wie ein Wurm" kommen.

[absolut!]

Praesident Kennedy kam abschliessend erneut auf die Anhaltung des amerikanischen Konvois an der Autobahn zu sprechen und bemerkte, dass falls diese Situation andauern sollte, sie einen Rueckschritt in der Entspannung bedeute, der kaum im Interesse Chruschtschows gelegen sein duerfte.

*Freud fand ~~auf der~~ ~~Titel~~  
im Garten des W. Kamps*

Washington, 14. Oktober 1963

*was sind  
Kurse unter 2000  
die allein wissen  
Pres. K. u. S. K.  
SKK.*